

Daria W. Dylla

Der Rational-Choice-Ansatz und die Ursache politischer Entscheidungen*

Der Rational-Choice-Ansatz wird gegenwärtig einerseits als der umfassendste und viel-versprechendste Ansatz der Politikwissenschaft betrachtet. Gleichzeitig wird ihm aber auch mit einer berechtigten Skepsis begegnet, die zum Teil auf zahlreichen Missverständnissen beruht. Viele davon hängen nicht zuletzt mit dem in der Fachliteratur kaum thematisierten Chaos in Bezug auf die Haupttermine des ökonomischen Forschungsprogramms zusammen. Problematisch in diesem Kontext erscheinen u. a. Begriffe wie Ziel, Zweck, Bedürfnis, Präferenz bzw. Motiv – als individuelle Handlungsursachen –, die selten definiert und darüber hinaus des Öfteren synonym verwendet werden. Die in diesem Beitrag vorgeschlagene Ausdifferenzierung von drei Ebenen der Handlungsursachenhierarchie politischer Akteure soll einen Beitrag zur Erhöhung der argumentativen Klarheit sowie begrifflichen Eindeutigkeit der auf dem Rational-Choice-Ansatz aufbauenden ökonomischen Theorien leisten.

Inhalt

1. Einführung	1164
2. Die Kritik am Rational-Choice-Ansatz	1165
3. Das begriffliche Chaos der Rational-Choice-Theorien	1167
4. Drei Ebenen von Handlungsursachen: Fundamentalbedürfnisse, Motive und Ziele	1169
a) Die Ebene der Fundamentalbedürfnisse	1170
b) Die Motiv-Ebene	1172
c) Die Ziel-Ebene	1173
5. Das Handlungsziel politischer Akteure	1173
6. Resümee	1177
Literatur	1178

* Herrn Prof. Dr. Thomas Jäger, den Mitarbeitern des Lehrstuhls für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln sowie Herrn Prof. Dr. Stefan A. Schirm und den anonymen Gutachtern dieses Beitrags möchte ich an dieser Stelle herzlich für konstruktive Kritik und wertvolle Verbesserungsvorschläge danken.

1. Einführung

Die auf dem Rational-Choice-Ansatz gründenden Rational-Choice-Theorien gehören gegenwärtig ohne Zweifel zu den am meisten umstrittenen Theorien der Politikwissenschaft. Keine andere „Theoriefamilie“ ist so populär und wird zugleich so kontrovers diskutiert (Cohn 1999: 2; Hedström/Stern 2006) wie die „Familie“ der ökonomischen Theorien, was auch eine gewisse Emotionalität in den Diskussionen über ihre Stärken und Schwächen zur Folge hat (Monroe 2001: 156).

Auf der einen Seite wird behauptet, einen Ansatz gefunden zu haben, der zur Erklärung aller Bereiche des menschlichen Lebens geeignet sei (Becker 1993: 7; Kunz 2004: 136). Laut Kenneth Shepsle ist Rational Choice zum „Motor“ der sozialwissenschaftlichen Studien geworden (2005). Die „Ökonomische Theorie der Demokratie“ von Anthony Downs – ein Buch dem „vielleicht der größte Einfluss auf die Politikwissenschaftler“ (Mueller 2003: 4) zugeschrieben wird und welches als einer der Eckpfeiler der modernen Rational-Choice-Theorien bezeichnet wird (Monroe 1991: IX) – soll gegenwärtig das am meisten zitierte Werk eines lebenden Autors in der Politikwissenschaft sein, das seit Ende der siebziger Jahre sogar den „American Voter“ übertrifft (Wattenberg 1991; zit. nach Behnke 1999: 6).¹

Auf der anderen Seite wird heftige Kritik an dem Ansatz geübt, die primär auf die Falschheit seiner Annahmen – vor allem der Rationalitätsannahme –, auf die weitgehende Formalisierung der Rational-Choice-Studien sowie auf den Primat der theoretischen Modellierung bei gleichzeitiger Vernachlässigung der empirischen Trifigkeit abzielt.

In den europäischen Wissenschaftsdebatten tut man sich wesentlich schwerer als in den USA mit der Anerkennung der Rational-Choice-Theorien (Cohn 1999). Nicht gerade viele Politikwissenschaftler (etwa Aretz 1997; Buchstein 2002: 217) teilen die Meinung, dass die auf politische Phänomene angewandten Rational-Choice-Theorien heutzutage zu den wichtigsten Theoriesträngen der Politikwissenschaft gehören und dass der Rational-Choice-Ansatz als der „umfassendste und vielversprechendste Ansatz der Modernen Politischen Theorie“ (Kunz 1997: 9) betrachtet werden soll. Andererseits ist zu konstatieren, dass zahlreiche Annahmen der Rational-Choice-Theorien allmählich „nicht mehr als exotische Vokabeln buchstabiert, sondern auch dort rezipiert [werden], wo man dieser Perspektive in der Vergangenheit eher skeptisch begegnet ist“ (Diekmann/Voss 2004: 13; Grofman 2004: 35).

Ob die Übernahme der Rational-Choice-Konzepte auf eine abnehmende Skepsis gegenüber dem jüngsten politikwissenschaftlichen Paradigma hindeutet, ist allerdings zu bezweifeln. Denn der Rückgriff auf das Rational-Choice-Gedankengut erfolgt in vielen Fällen ohne den Hinweis auf den theoretischen Ursprung dieser Annahmen. Die weit verbreitete Praxis der Nichtbenennung des Ursprungs von Rational-Choice-Konzepten resultiert nach Guy Kirsch daraus, dass viele Analysemuster und Untersuchungsergebnisse

1 William Riker, der Wegbereiter des Rational-Choice-Ansatzes in der Politikwissenschaft und Mitbegründer der „Public Choice Society“, soll hingegen mehr als 3700 Mal durch mehr als 2000 Wissenschaftler in mehr als 500 Fachzeitschriften zitiert worden sein (Maske/Durden 2003: 191; hierzu auch McLean 2006: 1).

dieser Theorien „,inzwischen so sehr zum Allgemeingut des modernen Wissens, zu Versatzstücken des modernen Diskurses geworden [sind], dass sie kaum noch jemand mit ihrer Herkunft [...] in Beziehung setzt“ (2004: 2).

Der Vorwurf, dass sich die Forscher nicht über den Ursprung der von ihnen angewandten Analyseschemata im Klaren sind, wird in diesem Beitrag jedoch in Zweifel gezogen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass man von einer weitgehenden Resistenz – nicht nur europäischer Politikwissenschaftler – gegenüber dem Rational-Choice-Ansatz ausgehen kann, deren Gründe im Folgenden anhand von einigen der häufigsten Kritikpunkte im Hinblick auf die ökonomischen Theorien dargelegt werden. Nach dieser knappen Übersicht wird auf einen weiteren, in der Fachliteratur kaum erwähnten, Kritikpunkt eingegangen: das begriffliche Chaos, das beinahe in allen Ökonomischen Theorien der Politik² zu finden ist. Dadurch soll verdeutlicht werden, dass das terminologische Chaos, das den Rational-Choice-Ansatz von seinen Anfängen bis zum heutigen Tag begleitet, einerseits eine Schwachstelle der Rational-Choice-Theorien darstellt. Andererseits gilt es festzuhalten, dass die Thematisierung dieser Unzulänglichkeit (u. a. die Klärung der zentralen Begriffe und deren Bedeutung) in empirisch-analytisch orientierten Rational-Choice-Studien einen nicht gerade unbedeutenden Beitrag dazu leistet, erstens die Argumentationstransparenz und Falsifizierungsmöglichkeit dieser Studien zu erhöhen und zweitens das Problem des durch die Machtgier motivierten Politikers (der als solcher unzulässigerweise immer noch als den Ökonomischen Theorien immanent angesehen wird) zu lösen.

2. Die Kritik am Rational-Choice-Ansatz

Im Wesentlichen lässt sich die Kritik am Rational-Choice-Ansatz in fünf Punkten zusammenfassen:

(1) Die Resistenz gegenüber dem Rational-Choice-Ansatz kann zum einen nach Thomas Kuhn auf die „,Arroganz“ der Rational-Choice-Anhänger zurückgeführt werden: Wenn ein neuer, dazu noch so anmaßender (d. h. den Anspruch, allgemein anwendbar zu sein, erhebender) wissenschaftlicher Ansatz auftritt, ist seine Ablehnung seitens der Vertreter etablierter Ansätze in der Regel bereits vorprogrammiert (von Beyme 2000: 147).³ So wirft etwa Robert Keohane den Rational-Choice-Theoretiker die „Sünde der Selbstüberhebung“ („sin of hubris“) vor (2002: 357). Emerson Niou und Peter Ordehook weisen auf die Intoleranz der Verfechter formalisierter Modelle in der Politikwissenschaft, d. h. auf ihre Missachtung der nicht formalisierten Ansätze hin (2000). Stephen Walt spricht gar von „hegemonialen Ambitionen“ (2000: 117) und „imperialen Tendenzen“ (2000: 118, 119). Würden die Rational-Choice-Sympathisanten bescheidener auftreten, so wären sie womöglich auch erheblich einflussreicher (McLean 1991: 511).

- 2 Der Begriff „Ökonomische Theorien der Politik“ wird als Oberbegriff für diejenigen Rational-Choice-Theorien betrachtet, die zur Prognose und Erklärung politischer Sachverhalte verwendet werden, wie etwa die Ökonomische Theorie der Demokratie, die Theorie des kollektiven Handelns, der Rational-Choice-Institutionalismus oder Theorien der Koalitionsbildung.
- 3 Zur Kritik an dem universalen Erklärungsanspruch des ökonomischen Ansatzes siehe Miller 1994: 5; Houghton 1995; Aretz 1997: 79; Cohn 1999: 2; Lazear 2000.

(2) Der steigende Formalisierungsgrad der ökonomischen Theorien stellt einen weiteren Hauptkritikpunkt dar. Während mathematische Formeln in den Anfängen der Rational-Choice-Theorien primär zum Zweck der Veranschaulichung von Hypothesen verwendet wurden, so sind die neuesten Studien, wie es Walt mit Vorsicht ausdrückt, „less and less „user-friendly“ (1999: 20; Pedriana 2005: 354). Die weitgehende Mathematisierung der auf dem Rational-Choice-Ansatz basierenden Studien verlangt vom einzelnen Politologen einerseits viel Zeit und Aufwand zum Erwerb von Kenntnissen der höheren Mathematik (Büthe 2002: 482). Andererseits bringt der Zuwachs an formalisierten politikwissenschaftlichen Konzepten die Gefahr mit sich, dass sie allein aus dem Grund überleben werden, weil sie das Bewertungsverfahren übergehen. Denn wenn potenzielle Kritiker nicht in der Lage sind herauszufinden, wie die Argumentationskette überhaupt konstruiert wurde, können sie die Konzepte auch nicht beurteilen und gegebenenfalls ablehnen (Walt 1999: 21). Aufgrund der mangelnden Beurteilungsmöglichkeit der Richtigkeit bzw. der Nützlichkeit formalisierter Modelle ist daher nicht ausgeschlossen, dass triviale Ideen erfolgreich sein werden, weil sie schlicht den Begutachtungsprozess umgehen (Mayer 1993: 123 ff.).⁴

(3) Überdies wird Kritik an der Tendenz der Rational-Choice-Theoretiker zum Theorieinstrumentalismus ausgeübt, d. h. an der mangelnden Balance zwischen der Hypothesenbildung und Hypothesenmessung (hierzu etwa Bartolini 1999: 437). Nicht zuletzt aufgrund der Probleme bei der empirischen Umsetzung (u. a. Schwierigkeiten bei der Messung von kognitiven Variablen) sind die meisten Rational-Choice-Studien in der Tat vorwiegend modelltheoretisch ausgerichtet, wobei sich die Rational-Choice-Theoretiker dieses Ungleichgewichtes zugunsten der instrumentalistischen Modellanalytik bewusst zu sein scheinen (Cohn 1999: 6).

(4) Der Vorwurf im Hinblick auf die modelltheoretische Ausrichtung der Rational-Choice-Untersuchungen hängt wiederum mit der Kritik an der geringen Erklärungsfähigkeit der ökonomischen Theorien zusammen. So sollen die übersimplifizierten (Bunge 1989; Zey 1992), realitätsfremden Annahmen⁵ die empirische Überprüfbarkeit der Theorien unmöglich machen.⁶ Trotz der seit Jahren wachsenden Zahl wie auch der verbesserten Qualität der Rational-Choice-Studien, die um ein Maximum an Konsistenz zwischen theoretischen Annahmen und empirischen Daten bemüht sind, erscheint jedoch die Vorhaltung hinsichtlich

4 Gary W. Cox – selbst ein Rational-Choice-Verfechter – weist darauf hin, dass nicht alle Rational-Choice-Theorien formalisiert werden müssen. Sie seien weniger durch die formalisierte Sprache als primär durch die Annahme des zielorientierten Handelns verbunden. Bei dem ökonomischen Paradigma handelt es sich um „a very wide range of theorizing, some of which is highly mathematical, some of which is completely nonmathematical“ (Cox 2002: 172). Diejenigen, die ihre theoretischen Aussagen mathematisieren, können nach Cox als Rational-Choice-Theoretiker im engeren Sinne bezeichnet werden, wohingegen all diejenigen, die das zielgerichtete Handeln zum Ausgangspunkt der Analyse machen, ohne auf formale Modellierungen eingehen zu wollen, als Rational-Choice-Theoretiker im weiteren Sinne gedeutet werden sollen (Cox 2002: 180).

5 Brüderl 2004: 165; Kunz 1997: 139 ff.; Schoemaker 1991: 240.

6 Für eine Liste von Kritikpunkten hinsichtlich des Rational-Choice-Ansatzes, die bis heute an Aktualität kaum eingebüßt hat, siehe u. a. Green/Shapiro 1999. Eine Erwiderung hierzu findet sich bei: Diermeier 1995; Cox 1999 (dort auch Hinweise auf die empirische Rational-Choice-Literatur); Lüdemann 1997: 15-20.

der Zweitrangigkeit einer empirischen Überprüfung modelltheoretischer Annahmen berechtigt zu sein.

(5) Die Kritik an der empirischen Falschheit und der Unüberprüfbarkeit der ökonomischen Annahmen ist darüber hinaus eng mit kritischen Äußerungen hinsichtlich der Kernannahme des Rational-Choice-Ansatzes – der Rationalitätsannahme – verbunden (Anzer 2004: 43). Dennoch resultiert der Hinweis auf die – angeblich durch die Aufdeckung von zahlreichen „Anomalien“⁷ offenbarte – Irrationalität der Handelnden in aller Regel aus einer Fehlinterpretation der ökonomischen Rationalität (Haug 1998: 128). Denn im Zuge des „Entschlackungsprozesses“ (Diekmann/Voss 2004: 13) der Rational-Choice-Theorien von gewissen Dogmatismen, d. h. dank der realitätsangepassten Formulierung des rationalen Handelns, treffen gegenwärtig viele der Anomalie-Vorwürfe nicht mehr zu⁸. Die Befolgung von Normen und Regeln, das unvollständige Wissen über zur Verfügung stehende Handlungsalternativen und aus deren Ausführung resultierende Handlungskonsequenzen, die Subjektivität der Analyse der Situationslogik, eingeschränkte kognitive Fähigkeiten der Menschen sowie die Offenheit des Zielinhalts⁹ gehören inzwischen zu den Standardannahmen analytisch-empirisch orientierter Rational-Choice-Theorien.¹⁰

Der Überblick über die zentralen Kritikpunkte am Rational-Choice-Ansatz zeigt, dass ihm gegenwärtig mit einer berechtigten Skepsis, aber auch mit zahlreichen Missverständnissen begegnet wird. Viele dieser Missverständnisse hängen jedoch nicht zuletzt mit dem in der Fachliteratur kaum thematisierten Chaos in Bezug auf die Haupttermini der Rational-Choice-Theorien zusammen, dem im Folgenden nachzugehen sein wird.

3. Das begriffliche Chaos der Rational-Choice-Theorien

Die begriffliche Verwirrung betrifft erstens den Begriff „Rational Choice“ selbst, der in der Fachliteratur mit Theorie(n), Modell(en), einem Ansatz bzw. Ansätzen, einer Methodologie und schließlich einem Paradigma in Verbindung gebracht wird, wobei viele dieser Termini in derselben Studie oftmals synonym verwendet werden.¹¹ Zweitens wird nicht nur die Rationalitätsannahme von den jeweiligen Fachvertretern unterschiedlich definiert, sondern es wird selten festgelegt, ob es sich dabei um eine axiomatische Festsetzung bzw. Heuristik oder um eine empirisch überprüfbare Hypothese handelt. Zu dem begrifflichen Wirrwarr

- 7 Eine Übersicht zu Anomalien in Bezug auf die Rationalitätsannahme bieten u. a. Haug 1998 und Frey 1990 an.
- 8 Auf die Lockerung der strengen Rational-Choice-Annahmen weisen etwa Ostrom 2005, Kiser/Bauldry 2005 oder Bowles/Gintis 2004 hin.
- 9 Auf die Falschheit bzw. das Missverständnis der gängigen Gleichsetzung des rational handelnden Menschen mit einem über Leichen gehenden Homo Oeconomicus kann nicht genug hingewiesen werden.
- 10 Wenn auch die zahlreichen, jahrelang an den Erklärungsanspruch der (orthodoxen) Rational-Choice-Theorien gerichteten Vorhaltungen inzwischen durch die vielfältigen „Realitätsanpassungskorrekturen“ ökonomischer Theorien deutlich abgeschwächt worden sind, findet man heutzutage immer noch – und dies nicht zuletzt in renommierten Fachzeitschriften – die Gleichsetzung des Rational-Choice-Ansatzes mit dem Homo-Oeconomicus-Modell; vgl. etwa Frohlich/Oppenheimer 2006: 237; Landa 2006: 436; Binmore 2005: 75; Rosenblum/Salehyan 2004: 681; Mueller 2004: 65; Sjursen 2004: 108, 114.
- 11 Frey 1990; Braun 1999: 90; Druwe 2002: 133.

trägt drittens die unterschiedliche Benennung derjenigen Rational-Choice-Theorien bei, die auf denselben Zusatzannahmen basieren. Als Paradebeispiel können hierbei die diversen Bezeichnungen für die Theorie der subjektiven Nutzenerwartung, die sog. SEU-Theorie, angeführt werden. Schließlich werden viertens die Haupttermini aller Ökonomischen Theorien der Politik, die als Handlungsursache der Entscheidenden herangezogen werden, nämlich Bedürfnis, Interesse, Motiv, Nutzen, Präferenz, Ziel und Zweck, meist gleichbedeutend verwendet, was nachher ihre Spezifizierung bzw. inhaltliche Erfüllung, geschweige denn einen empirischen Test der Theorien, erschwert. Diesem vierten Aspekt widmet sich der folgende Abschnitt.

So stellt für den Begründer der Ökonomischen Theorie der Demokratie, Anthony Downs, das Hauptziel der Regierenden (*primary goal* bzw. *objective*) erst einmal der Wahlsieg bzw. die Wiederwahl dar (1968: 11, 30, 34; 1957: 11, 30, 35). Die Wiederwahl wird in seinem Konzept allerdings ebenfalls als Motiv betrachtet: „We do not distort the motives of party members by saying that their primary objective is to be elected“ (1957: 30). An einer anderen Stelle behauptet Downs: Das einzige Ziel der Politiker „ist, die Vorteile zu genießen, die ein öffentliches Amt an sich bietet“ (1968: 27, 290; 1957: 28, 296). Das Streben nach – mit dem Regierungsamt verbundenen – Vorteilen kann dem Autor zufolge jedoch ebenfalls als Hauptmotivation betrachtet werden (1968: 290). Als Ziel/Zweck und zugleich als Motiv sieht Downs ferner „das Verlangen nach Einkünften, Prestige und Macht“ an (1968: 34, 286; 1957: 28, 296). Außer der Wiederwahl, dem Einkommen, der Macht und dem Prestige wird von Downs als Motiv (und das heißt, wie zuvor gezeigt, zugleich als Ziel) politischer Akteure bzw. Parteien die Stimmenmaximierung angeführt (1968: 156; 1957: 159). Überdies interpretiert er auch den Eigennutz als Hauptmotiv allen sozialen Handelns (1968: 287; 1957: 293).

Höchst irreführend, da vollkommen unbestimmt, ist die Forderung der Rational-Choice-Forscher nach der „Konkretisierung der Zusatzannahmen“, wobei in aller Regel nicht geklärt wird, welche Beweggründe letztendlich zu konkretisieren sind (Ziel, Präferenz, Interesse oder Nutzen). Stattdessen werden in der Rational-Choice-Literatur des Öfteren, wenngleich meist nur implizit, mehrere Begriffe definitorisch gleichgesetzt.

Eine solche Gleichsetzung bezieht sich etwa auf die Termini „Ziel“ und „Präferenz“, was etwa anhand der Formulierung gezeigt werden kann, dass ein Entscheider „im Hinblick auf seine Ziele, d. h. seine Präferenzen, eine rationale Wahl trifft“ (Schmitt 1996: 111). Die synonome Verwendung der Begriffe „Ziel“ und „Präferenz“ findet sich auch dort, wo der Autor über die „Unterscheidung zwischen Präferenzen und Restriktionen (Zielen und Mitteln)“ (Kirchgässner 2000: 19) spricht.

Die Beliebigkeit, mit der die Haupttermini der Ökonomischen Theorien der Politik verwendet werden, kann dazu führen, dass in einem Satz drei bzw. vier divergierende Wortbedeutungen synonym verwendet werden: „Auch wird rational nicht damit gleichgesetzt, dass individuelle (materielle) Interessen maximiert werden oder sogar maximiert werden sollen. Letzten Endes können die Annahmen sowohl auf die Ziele eines Saddam Hussein wie für diejenigen einer Mutter Teresa angewendet werden, d. h. auch altruistische Ziele können rational verfolgt werden. Über die Inhalte der Präferenzen jedwelcher Akteure werden also keine Vorentscheidungen getroffen noch gar normative Urteile gefällt“ (Thiery 1994: 238).

Da überrascht es kaum, wenn ein Begriff mit vier anderen Termini gleichgesetzt wird und alle in einem Atemzug genannt werden: „[M]enschliche Präferenzen (d. h. Ziele, Wünsche, Bedürfnisse oder Motive...)“ (Lüdemann 1997: 11; s. auch Opp 1993: 209). Eine ähnliche, zumindest explizite Gleichstellung findet man hier: „Die erste Annahme beinhaltet, dass Handeln motiviert beziehungsweise zielgerichtet ist, also durch Bedürfnisse oder – hier gleichbedeutend – durch Präferenzen, Wünsche oder Motive verursacht wird“ (Kunz 2004: 36). Wenn aber „[m]it Präferenzen [...] Motive, Bedürfnisse, Wünsche oder Ziele gemeint [sind], die ein Akteur in sich trägt und die für sein Handeln von Bedeutung sind“ (Kunz 1994: 113), dann stellt sich die Frage: Wie können so verstandene „Präferenzen“ überhaupt konkretisiert werden?

Solche Beispiele für eine willkürliche und wenig exakte Begriffsverwendung verstößen nicht nur gegen eine der Anforderungen an das wissenschaftlich korrekte Verfahren: das Postulat der sprachlichen Präzision (u. a. Opp 1999: 128 ff.). Die noch größere Bedeutung der sprachlichen Klarheit im Hinblick auf die Begriffe des Rational-Choice-Ansatzes ist vielmehr darin zu sehen, dass die Kritik des ökonomischen Forschungsprogramms ihren Ausgangspunkt größtenteils in einer ungenauen Benennung der erklärenden Worte hat. Insbesondere für die Gewinnung eines besseren Realitätsbezugs der Rational-Choice-Theorien darf die Differenz zwischen *prima facie* synonymen Wörtern nicht vernachlässigt werden.

Einerseits zur Herstellung einer höheren Argumentationstransparenz und der Falsifizierungsmöglichkeit der ökonomischen Theorien der Politik, andererseits zur Lösung des ethischen Problems des als machtfestiger *Homo Oeconomicus* dargestellten Politikers wird im weiteren Verlauf des Beitrags eine Ausdifferenzierung von drei Ebenen der Handlungsursachen¹² vorgeschlagen, an denen die Bedeutung der jeweiligen Begriffe angesiedelt ist. Anschließend wird auf das Handlungsziel politischer Akteure eingegangen. Diese Ursache des politischen Handelns ist auf der dritten Ebene zu verorten und bildet die einzige Handlungsgrundlage politischer Machtträger, die einem empirischen Test zugänglich ist.

4. Drei Ebenen von Handlungsursachen: Fundamentalbedürfnisse, Motive und Ziele

Im Folgenden sei zwischen den folgenden Ebenen unterschieden:

- der Ebene der Fundamentalbedürfnisse, die allgemein menschliche Handlungsursachen umfasst;
- der Motiv-Ebene, auf der sich schwer generalisierbare Handlungsantriebsreize befinden;
- der Ziel-Ebene, welche den Verzicht auf die Benennung von Motiven einerseits sowie eine empirische Hypothesenüberprüfung ermöglicht.

Politische Entscheidungen werden wiederum als Mittel zur Befriedigung der Fundamentalbedürfnisse verstanden, welche über die Realisierung des Ziels und des Motivs erfolgt (vgl. Tabelle 1).

12 Unter „Ursache“ wird hier die stets notwendige und hinreichende Bedingung eines Vorfalls (in diesem Fall: des politischen Handelns) verstanden (hierzu Stegmüller 1969).

Tabelle 1
Die Hierarchie der Handlungsursachen

Ebenen	Spezifizierung
Ebene der Fundamentalbedürfnisse	Soziale Anerkennung Physisches Wohlbefinden
Motiv-Ebene	Keine inhaltliche Konkretisierung: darunter können sich etwa folgende Beweggründe verbergen: Macht (Selbstzweck, um ihrer selbst willen) Geld, Ruhm, Selbstverwirklichung, Einfluss, Bekanntheit, Prominenz, Realisierung einer politischen Idee etc.
Ziel-Ebene	Das Ziel ist die Stimmenmaximierung (Macht als Mittel). Die Zielerreichung wird automatisch den Nutzen (Machterwerb bzw. Amtübernahme) herbeiführen.

a) Die Ebene der Fundamentalbedürfnisse

Oftmals, wenngleich meist implizit, wird in den Rational-Choice-Theorien die Invarianz der menschlichen Natur angenommen. Dabei handelt es sich um die von den schottischen Moralphilosophen übernommene Behauptung, dass die Natur der Menschen konstant, d. h. kultur-, zeit- und gesellschaftsübergreifend ist (Kunz 2004: 10). Die Individuen sind zwar aufgrund divergierender Ressourcen, der sozialen Umwelt und der Sozialisation in vielerlei Hinsicht unterschiedlich. Dennoch haben sie eine Eigenschaft gemeinsam, die sich als Streben nach Befriedigung der allgemein menschlichen Fundamentalbedürfnisse definieren lässt, d. h. nach sozialer Anerkennung und physischem Wohlbefinden.

So wird in den Rational-Choice-Studien davon ausgegangen, dass das menschliche Handeln nicht zufällig erfolgt, sondern zwei allgemeinmenschlichen Handlungsregeln unterliegt: Einerseits dem Prinzip des rationalen Handelns¹³ (Heuristik I) und andererseits dem Prinzip der Handlungsorientierung an der Befriedigung der allgemeinmenschlichen Fundamentalbedürfnisse, die an der Spitze der Handlungsursachenhierarchie eines jeden Handelns stehen und aus welchen alle menschlichen Handlungen abgeleitet werden können (Heuristik II).

Das Konzept der Fundamentalbedürfnisse hat u. a. der schweizerische Soziologe Siegwart Lindenberg in Anlehnung an Adam Smith aufgegriffen und eine „Theorie sozialer Produktionsfunktionen“ – für physisches Wohlbefinden und soziale Anerkennung – im Sinne

¹³ Dem Prinzip der Handlungsrationality zufolge – der Kernannahme des Rational-Choice-Ansatzes – wählen Individuen jeweils diejenige Handlungsalternative, von der sie erwarten, ihre Ziele (unter Berücksichtigung der Handlungsrestriktionen) am effizientesten, d. h. mit einem Minimum an Kostenaufwand, realisieren zu können. Zwei Annahmen liegen dieser Definition zugrunde: Zum einen ist das menschliche Handeln zielgerichtet. Inwieweit das Ziel erreicht wird, bestimmen zum anderen die Handlungsrestriktionen.

der ökonomischen Produktionsfunktionen zur Gewinnerreichung entwickelt (1990, 1991): „Die Theorie postuliert eine Zielhierarchie, in der die oberste Ebene aus allgemein menschlichen Zielen besteht: physischem Wohlbefinden und sozialer Wertschätzung. Die Ebene darunter besteht aus allgemein menschlichen Instrumenten, um physisches Wohlbefinden und soziale Wertschätzung zu erreichen. Die verschiedenen Ebenen darunter bestehen meistens wieder aus Instrumenten, um Status, Verhaltensbestätigung usw. zu erlangen“ (Lindenberg 1996b: 561).

Die Theorie der sozialen Produktionsfunktion soll nach Ansicht von Lindenberg weniger zu einer genauen Konkretisierung von „Produktionsmitteln“ (d. h. Zwischenzielen) beitragen¹⁴ als vielmehr als Suchheuristik verstanden werden. Es wird „bei jedem Individuum nach den Umständen [gesucht], unter denen es mehr oder weniger regelmäßig soziale Wertschätzung und physisches Wohlbefinden produziert“ (Lindenberg 1996b: 562). Die Auswahl der „Produktionsmittel“ hängt dabei maßgeblich von den Kosten ihres Einsatzes ab.¹⁵

Zusammenfassend scheint die Annahme der Invarianz menschlicher Natur, die in dem Streben nach der Befriedigung der Fundamentalbedürfnisse besteht, aufgrund ihrer erheblichen Nützlichkeit bei der Konstruktion von Zusatzannahmen für empirisch-analytisch orientierte Rational-Choice-Theorien unentbehrlich zu sein. Diese Annahme wird jedoch nicht als empirische Erfüllung der Zielfunktion betrachtet, da sich immer noch jedes menschliche Handeln auf die Sicherung der sozialen Anerkennung bzw. des physischen Wohlergehens zurückführen lässt. So reicht bei der nicht-instrumentalistischen Variante der Rational-Choice-Theorien die Kenntnis von allgemein menschlichen Handlungsbeweggründen für die Erklärung einer konkreten Entscheidung nicht aus, um empirisch gehaltvolle Aussagen zu treffen. Zudem liegt die Tautologiegefahr auf der Hand. Denn selbst dann, wenn den Handelnden bestimmte Fundamentalbedürfnisse mit Sicherheit zugeordnet werden könnten, wenn es z. B. „zuträfe, dass physisches Wohlbefinden, soziale Wertschätzung und Verlustvermeidung für alle Menschen die höchsten Güter darstellen, ergäbe sich [...] immer noch das Problem, mit Hilfe welcher instrumentellen Ziele [...] Personen diese grundlegenden oder andere instrumentelle Ziele zu realisieren versuchen“ (Kelle/Lüdemann 1995: 256).

Die Annahme des Vorhandenseins ahistorischer, für alle Menschen geltender Fundamentalbedürfnisse soll deshalb – ähnlich wie die Kernannahme des Rational-Choice-Ansatzes, das Rationalitätsprinzip – als gute Heuristik und nicht als falsifizierbare Hypothese betrachtet werden. Sie ist zwar äußerst nützlich, um dem Forscher die Richtung aufzuzeigen, wo die Akteursziele gesucht werden können. Für eine empirische Umsetzung der ökonomischen Theorien müssen allerdings konkrete, überprüfbare Zielhypothesen formuliert werden.

- 14 In dem hier vorgeschlagenen Modell der Hierarchie von Handlungsursachen (vgl. Tabelle 1) entsprechen die Fundamentalbedürfnisse den Lindenberg'schen „obersten Zielen“.
- 15 Zur Kritik am Lindenberg'schen Konzept Kelle/Lüdemann 1995, 1996; Opp/Friedrichs 1996. Zur heuristischen Nützlichkeit dieser Bedürfnishierarchie Zintl 1994.

b) Die Motiv-Ebene

Die zweite Ebene umfasst diejenigen Handlungsursachen, für deren Bestimmung ein Politikwissenschaftler in aller Regel über keinerlei Instrumente verfügt. Denn selbst dann, wenn die Möglichkeit zur Verfügung stünde, den Handelnden direkt nach seinen Motiven zu befragen, wäre es aus vier Gründen zweifelhaft, ob dadurch seine „wahren“ Handlungsmotive ermittelt werden könnten: Erstens sei unterstellt, dass sich nicht alle Menschen ihrer eigenen Handlungsmotive bewusst sind. Zweitens kann ein Handeln aus mehreren Motiven resultieren und im Endeffekt ein „Kompromissprodukt“ divergierender Motivsysteme sein, was die Spezifikation der Handlungsgrundlage noch zusätzlich erschwert. Drittens kann es sich um das inzwischen durch viele empirische Studien bestätigte (Behnke 1999: 122 f.) Phänomen der *Ex-post*-Rationalisierung bzw. der „Projektion“ handeln (Manza/Cook 2002: 649 ff.). Viertens schließlich erscheint es zweifelhaft, ob Politiker ihr Handlungsmotiv offenlegen wollen: „We could, of course, ask them about their preferences directly. Unfortunately, this approach is unreliable. People might lie if they are embarrassed about their preferences, if they do not trust the interviewer, or, in the case of legislators, if they fear that their answer might have undesirable consequences“ (Riker/Ordeshook 1973: 14 f.). So ist theoretisch wie empirisch gleichermaßen kaum festzulegen, welches Handlungsmotiv politischen Machträgern beim Fällen von Entscheidungen zugrunde liegt.¹⁶

Trotzdem (oder vielleicht gerade deshalb) wird politischen Akteuren in vielen Rational-Choice-Analysen der Machtdrang als Motiv unterstellt. Doch würde das Machtstreben in empirischen Demokratietheorien als Motiv (s. etwa Bueno de Mesquita u. a. 2003: 1) und nicht als instrumentelles Ziel des politischen Handelns interpretiert, wären die Einwände gegen eine solche Verallgemeinerung durchaus berechtigt. „Wenn wir nach den Verhaltensweisen der Politik fragen, so stoßen wir auf eine Fülle von möglichen Motiven. Der Politiker kann aus Ehrgeiz handeln, aus Macht- oder Ruhmsucht, er kann von einer Idee besessen sein, eine Vorstellung vom Staatswohl zu verwirklichen suchen; der Politiker kann aber auch bestrebt sein, Geld zu machen, Positionen auszunützen“ (Herder-Dorneich 1959: 52; ähnlich auch Ordeshook 1986: 15). Noch ungleich schwerer, als an die „wahren“ Motive heranzukommen, erscheint aber eine empirische Überprüfung dieser Art der Entscheidungsgrundlage.

16 Der Begriff „Motiv“ wird überdies in der Fachliteratur sehr unterschiedlich definiert und nicht selten mit anderen Termini definitorisch gleichgesetzt. Bei Georg H. v. Wright z. B. wird der Terminus „Motiv“ mit den Begriffen „Intention“ und „Willen“ gleichgesetzt (vgl. die Kritik an von Wright bei Groeben 1986: 263). Friedrich Waisman betrachtet unter „Motiven“ wiederum die folgenden Termini-gruppen: Beweggründe, Triebfeder und Antriebe. Er setzt den Motivbegriff allerdings nicht mit dem Bedürfnisbegriff gleich, sondern nimmt vielmehr an, dass ein Motiv erst durch den Drang nach der Bedürfnisbefriedigung verursacht wird (Waismann 1983: 115 f.). Diese diversen Definitions- bzw. Interpretationsmöglichkeiten veranschaulichen, wie schwer der Motiv-Begriff als erklärende Variablen zu handhaben ist.

c) *Die Ziel-Ebene*

Um politisches Handeln erklären zu können, müssen allerdings die dem Handelnden zugrunde liegenden und zugleich empirisch falsifizierbaren Handlungsursachen genannt werden. Die einzige Möglichkeit hierfür bietet die Bestimmung der Ziel-Ebene der Handlungsursachenhierarchie.

Da einerseits die Hypothesen über die Handlungsursachen in empirisch-analytischen Rational-Choice-Studien an der Realität überprüft werden sollen, andererseits nur Handlungsziele einem empirischen Test zugänglich sind, wird folglich auf die Spezifizierung der Handlungsmotive verzichtet. So sei unterstellt, dass weniger die Konkretisierung des Motivs politischer Handlungsträger als vielmehr eine inhaltliche Bestimmung ihres Ziels für eine erfolgreiche Erklärung politischen Handelns notwendig ist. Des Weiteren scheint das Wissen darüber, ob ein politischer Akteur beim Fällen von politischen Entscheidungen durch den Erwerb von Geld, Macht, Einfluss oder den Wunsch nach Selbstverwirklichung motiviert ist, von keinem analytischen Mehrwert zu sein. Denn das Treffen von politischen Entscheidungen kann nicht nur aus dem Motiv, sondern auch genauso gut aus dem – zur Motivverwirklichung erforderlichen – Ziel erklärt werden. Der Grund hierfür ist, dass die Zielerreichung für den Politiker die einzige Möglichkeit darstellt, sein Handlungsmotiv überhaupt realisieren zu können.

Kurzum: Das vorgeschlagene Konzept von drei Handlungsursachenebenen des politischen Handelns gewährleistet dreierlei: erstens eine Präzisierung der Basisbegriffe der Ökonomischen Theorien der Politik, zweitens bessere Falsifizierungsmöglichkeiten, da die Zielannahme eine empirisch überprüfbare Hypothese darstellt, und schließlich drittens die Lösung des Problems des ethisch fragwürdigen Bildes vom Politiker, der durch den Machtdrang motiviert ist. Die letzte Annahme soll daher nicht als den Ökonomischen Theorien der Politik immanent betrachtet werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Annahmen des Machtstrebens sowie die der Eigennützigkeit politischer Akteure – sofern sie weniger als instrumentelles Ziel als vielmehr als Motivation politischer Machträger betrachtet werden – keine Voraussetzung für eine erfolgreiche ökonomische Analyse politischen Handelns darstellen.

5. *Das Handlungsziel politischer Akteure*

Sollte zwischen Motiven und Zielen streng unterschieden werden, dann wird sich zeigen, dass der Downs'schen Hypothese der Maximierung von Wählerstimmen als politisches Handlungsziel handfeste theoretische und empirische Argumente zugrunde liegen.

Aus Erkenntnissen der Vertreter des Kritischen Rationalismus folgt zwar, dass Hypothesen weder induktiv noch deduktiv endgültig bewiesen werden können¹⁷, sodass man zur Erklärung der Realität weniger durch eine Bestätigung der Hypothesen als vielmehr durch eine Widerlegung falscher Hypothesen kommt. Wenn es jedoch nicht um die Rechtfertigung, sondern allein um die Überprüfung der Theorien geht, ist die Methode der Hypothesengenerierung nicht entscheidend. Dies hieße jedoch keineswegs, „dem Analytiker Narrenfreiheit

17 Popper 2002; Chalmers 1999; Musgrave 1993.

bezüglich der Auswahl der postulierten Ziele zu gewähren“ (Herder-Dorneich/Groser 1977: 27). Die Unmöglichkeit einer Letztbegründung ist folglich nicht mit einem Verzicht auf die Begründung überhaupt gleichzusetzen, zumal die Begründung der Hypothese der Stimmenmaximierung aufgrund ihrer Umstrittenheit im Rahmen der Politikwissenschaft als äußerst relevant erscheint.

Im Folgenden wird die Begründung dieser Zielhypothese durch eine Verbindung der theoretischen und der empirischen Methode erfolgen. Sie geht auf das von Siegwart Lindenberg entwickelte Konzept der theoretisch gesteuerten empirischen Erfassung von Zielen (Lindenberg 1996a) zurück, das auf der zuvor erwähnten Heuristik sozialer Produktionsfunktion gründet. „Theoretisch gesteuert“ heißt hierbei, dass der Forscher nicht „blind“, d. h. theorieilos, nach dem Handlungsziel sucht, sondern in eine entsprechende Richtung gesteuert wird, getreu dem Motto: „Suche nach den sozialstrukturellen Umständen, unter denen eine Person systematisch physisches Wohlbefinden und soziale Wertschätzung produziert“ (Lindenberg 1991: 60).

„Empirische Untermauerung“ bedeutet wiederum, dass die theoretische Steuerung durch das Hintergrundwissen bzw. durch explorative Vorstudien unterstützt wird (Lindenberg 1996a: 134). „Empirisch“ heißt somit nicht, dass die Handlungszielannahme direkt aus der Beobachtung oder anhand von Befragungsergebnissen gewonnen wird, sondern vielmehr indirekt, anhand einer empirischen Analyse der Umstände, unter denen die Grundbedürfnisse am effizientesten befriedigt werden können. Ein Erfolg eines direkten Ermittlungsverfahrens wird hierbei zwar nicht bestritten. Dennoch erscheint eine direkte Ermittlung der Beweggründe politischer Akteure kontraproduktiv zu sein: So müsste man in diesem Fall entweder aus dem beobachtbaren Verhalten bzw. Äußerungen einiger politischen Entscheidungsträger auf das Ziel aller Politiker schließen oder die Entscheidungsträger nach ihrem Handlungsziel befragen. Eine Sicherheit oder zumindest eine plausible Vermutung darüber, dass das beobachtbare Verhalten korrekt entschlüsselt wird bzw. dass in politischen Äußerungen die Handlungsursachen offenbart werden, gibt es dabei nicht. Im Falle der Untersuchung des politischen Handelns muss ferner ebenfalls das am ehesten angewandte Verfahren zur Gewinnung der Handlungsursachen, die Befragungsmethode, abgelehnt werden – dies u. a. deshalb, da kaum zu erwarten ist, dass ein politischer Akteur eine andere Handlungsgrundlage seiner Entscheidungen als das Streben nach dem „Allgemeinwohl“ bzw. Handeln im „Nationalinteresse“ nennen wird.

So lautet die hier analytisch relevante Frage: Woran muss das Akteurshandeln in einer gegebenen Logik der Situation – worunter die Gesamtheit der Handlungsrestriktionen und Handlungsmöglichkeiten verstanden wird – ausgerichtet sein, damit das physische Wohlbefinden und/oder das soziale Ansehen mit einem Minimum an Kostenaufwand garantiert werden kann? Die Zielhypothese politischer Entscheidungsträger wird demnach anhand von drei Annahmen gewonnen: der Heuristik des rationalen Handelns, der Heuristik der Sicherung von Fundamentalbedürfnissen und der Logik der Situation.

Aus dem Rationalitätsprinzip folgt zum einen, dass der politische Mandatsträger in jeder Entscheidungssituation diejenige Handlungsalternative wählen wird, die seiner Meinung nach das effizienteste Instrument zur Bedürfnisbefriedigung darstellt. Aus der Heuristik sozialer Produktionsfunktionen geht zum anderen hervor, dass sich das politische

Handeln auf die Sicherung der allgemein menschlichen Grundbedürfnisse richtet. Folglich wird der Politiker nach denjenigen Handlungsoptionen suchen, die ihm helfen, die zwei allgemein menschlichen Fundamentalbedürfnisse am effizientesten, d. h. mit einem Maximum an Nutzen und einem Minimum an Kosten, zu befriedigen. Welches instrumentelle Ziel vonseiten der politischen Akteure angestrebt wird, um die Grundbedürfnisse am effizientesten befriedigen zu können, lässt sich dabei zum Dritten aus den jeweiligen Erfordernissen der Situation ableiten.

Des Weiteren ist zu fragen: Wie lässt sich nun die soziale Produktionsfunktion der politischen Akteure in demokratischen Ländern plausibel rekonstruieren? Ist ein außen stehender Politikwissenschaftler in der Lage anzugeben, auf welche Art und Weise politische Entscheidungsträger die zwei allgemein menschlichen Grundbedürfnisse am effizientesten sichern können?

Wie Siegwart Lindenberg nimmt auch Volker Kunz an, dass Menschen in den modernen Gesellschaften die soziale Anerkennung primär durch den sozialen Status erreichen können. „Sozialen Status erreicht man in modernen Industriegesellschaften typischerweise dann, wenn man über Einkommen verfügt. Einkommen ist meist wiederum ein primäres Ergebnis von Erwerbstätigkeit, weshalb die Menschen ein besonderes Interesse daran entwickeln“ (Kunz 2004: 113). Die instrumentelle Bedingungsreihe zur Erreichung der sozialen Wertschätzung sähe somit folgendermaßen aus: Berufstätigkeit → Einkommen → Status → Soziale Anerkennung.

Da die Erwerbstätigkeit nicht nur zum sozialen Ansehen, sondern auch zum physischen Wohlbefinden erheblich beiträgt, stellt sie zweifellos einen wichtigen Faktor der Bedürfnisbefriedigung in der heutigen modernen Gesellschaft dar. So sei demzufolge angenommen, dass die Kosten des Verlusts einer Berufsposition steigen, je mehr sie zur Befriedigung der Fundamentalbedürfnisse beiträgt (und aus diesem Grund oftmals knapp, stark umkämpft und unsicher ist). Zudem erscheint es umso wahrscheinlicher, das Handlungsziel aus der Logik der Berufsposition erklären zu können.

Das Risiko, die Berufsposition zu verlieren, kann dabei nur dann minimiert werden, wenn das in einer Berufslogik dominante Handlungsziel realisiert wird. Obschon jede Produktionsfunktion individuell ist und mit derselben beruflichen Position eine Menge divergierender instrumenteller Ziele verbunden sein kann, existiert immer ein situativ vorgeschriebenes dominantes Ziel (Lindenberg 1990: 272), dessen Verwirklichung die berufliche Existenz sichert. Wird nicht nach der Verwirklichung dieses dominanten situativen Ziels gestrebt, dann wird dadurch das berufliche Überleben ernsthaft gefährdet. Ein Berufswechsel ist dabei nur dann als vorteilhaft einzuschätzen, wenn der Nutzen aus der neuen Position den gegenwärtigen Nutzen der alten (Wechselkosten eingeschlossen) übersteigen würde. Dies hängt wiederum maßgeblich von dem Beitrag des momentan ausgeübten Berufs zur Sicherung der Fundamentalbedürfnisse ab. „Wir leiden [...] mehr, wenn wir aus einer besseren in eine schlechtere Lebenslage herabsinken, als wir uns jemals freuen würden, wenn wir aus einer schlechteren in eine bessere aufsteigen“ (Smith 2004: 362). Die Höhe des Beitrags einer Berufsposition zur Befriedigung der Fundamentalbedürfnisse bestimmt somit die Kosten ihres Verlusts.

In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, dass der Politikerberuf nicht nur einen erheblichen Beitrag zur Herstellung des physischen Wohlbefindens (in Form materieller Ressourcen) leistet, sondern auch eine Vielzahl von Produktionsmitteln zur Sicherung des sozialen Ansehens bereitstellt, z. B. Macht, Einfluss, Relevanzgefühl, Geld, Information, Kontakte, Bekanntheit, Prestige usw. Von daher gesehen ist der Verlust eines politischen Amts mit erheblichen Kosten verbunden. Aus diesem Grund ziehen politische Akteure diejenigen Handlungsalternativen vor, welche die Sicherung des Im-Amt-Bleibens zumindest nicht gefährden. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist das politische Handeln nicht (nur) durch das Motiv der Entscheidungsträger bestimmt, sondern genauso gut durch die Logik der Situation, die das primäre Handlungsziel vorschreibt.

So stellt die Stimmenmaximierung das dominante situative Ziel politischer Akteure dar. Unter „Stimmenmaximierung“ wird verstanden, dass Parteien – je nach Wahlsystem – entweder nach der Gewinnung der Stimmenmehrheit (in Zwei-Parteien-Systemen) oder aber (in Mehrparteiensystemen) nach den folgenden Zuständen streben: (1) allein die Regierung zu bilden, (2) eine Regierungskoalition einzugehen oder nicht zuletzt lediglich (3) in das Parlament (als Opposition) einzuziehen. Es kommt zwar nicht selten vor, dass in Mehrparteiensystemen eine kleine Partei eine Koalition eingeht. Doch welche Parteien miteinander in eine Koalition eintreten werden, ist nicht immer vor den Wahlen festgelegt. Außerdem müssen die kleinen Parteien die durch das Gesetz festgelegte Hürde zum Parlamentseinzug grundsätzlich erst einmal überwinden. Ferner hängt die Position des kleineren Koalitionspartners (die Zahl der Ministerialposten) nicht zuletzt vom Wahlergebnis selbst ab. Daraus folgt, dass alle diese angestrebten Endzustände nur erreicht werden können, wenn die Parteien versuchen, möglichst viele Stimmbürger für sich zu gewinnen. Aufgrund der immer größer werdenden Unsicherheit über das Wählerverhalten ist das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens (je mehr man von einem Gut bekommt, desto geringeren Nutzen hat man davon) im Falle des Stimmenmaximierungsverhaltens nicht gültig.

Den Kern der Stimmenmaximierungsstrategie stellt die Gestaltung der politischen Agenda (hierzu Baumgartner 2001) dar. Sie wird definiert als Set von Streitfragen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die politischen (und dadurch die öffentlichen) Auseinandersetzungen dominieren und in aller Regel ein Objekt von geplanten bzw. bereits getroffenen allgemein verbindlichen Entscheidungen darstellen. Dieses Set ergibt sich wiederum aus der bewussten Politisierung bestimmter Issues durch politische Eliten. Politisierung bedeutet eine relativ häufige Thematisierung und Betonung ausgewählter Streitfragen, u. a. um die Aufmerksamkeit der Massenmedien und dadurch diejenige der Wähler zu erregen und sie dann auf die ausgewählten Entscheidungsprobleme zu lenken.¹⁸

18 Die zentrale Bedeutung der Festlegung von öffentlichen Themen resultiert hierbei daraus, dass anhand der Hervorhebung einiger Themen und der Vernachlässigung anderer Sachfragen Parteien in der Lage sind zu bestimmen, über welche Probleme die Bürger nachdenken (Agenda-Setting) und wie sie über diese Probleme nachdenken (Framing). Dadurch legen sie auch Kriterien für die eigene Bewertung fest (Priming) und bestimmen durch die Beeinflussung der Wählerpräferenzen in der Konsequenz das Wahlergebnis mit. Die Literatur zu Agenda-Setting, Priming und Framing ist inzwischen unüberschaubar geworden. Hierzu McCombs 2002; Graber/Smith 2005; Druckman/Nelson 2003.

Da eine ausführliche Behandlung der Stimmenmaximierungsstrategie den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde, kann diese Thematik nicht weiter verfolgt werden (hierzu Dylla 2007). In der Gesamtschau sei festgehalten, dass das primäre Ziel politischer Akteure aus politischen Wettbewerbsbedingungen resultiert, die durch die Institution der Wahlen hervorgebracht werden. Aus dieser Logik der Parteienkonkurrenz ergibt sich der Zwang zum stimmenmaximierenden Handeln.

Folglich kann ein Politiker durch ein Amt zu Geld und/oder Macht gelangen oder aber eine ideologische Vorstellung verwirklichen wollen. Doch ist das Motiv des Handlungsträgers für eine Analyse und eine Erklärung realen politischen Handelns wenig entscheidend, wenn er sein Ziel ausschließlich dadurch erreichen kann, dass er gewählt wird. Es mag z. B. durchaus vorkommen, dass einem politischen Machträger das „Gemeinwohl“, so wie er es versteht, am Herzen liegt, und dass er Ideen entwickelt, die dessen Verwirklichung dienen sollen. Sollte er diese Ideen jedoch nicht als Mittel zum Machterhalt bzw. Machterwerb betrachten, so droht ihm die Gefahr des Machtverlusts. Damit wird er zugleich auch die Möglichkeit verpassen, seine Ideen und Programme zu implementieren (vgl. etwa Kirsch 2004: 257). So sollte das Streben politischer Akteure nach Wählerstimmenmaximierung schließlich als Existenzbedingung betrachtet werden. In diesem Sinne können die Ökonomischen Theorien der Politik nicht zuletzt als Theorien des „politischen Überlebens“ bezeichnet werden (hierzu Bueno de Mesquita u. a. 2003: 8 f.).

Zusammenfassend ist eine Prüfhypothese entstanden, wonach die politischen Handlungsträger bei der Auswahl ihrer Handlungsalternativen an der Wiederwahl orientiert sind. Die Hypothese beruht auf zwei heuristischen Annahmen, dem Rationalitätsprinzip und dem Streben nach der Befriedigung der allgemein menschlichen Grundbedürfnisse, sowie auf drei Hilfsannahmen: die durch die Institution des politischen Wettbewerbs vorgegebene Logik des politischen Handels, den besonderen Beitrag des Politikerberufs zur Befriedigung des sozialen Ansehens und des physischen Wohlbefindens sowie die hohen Kosten des Amtsverlusts. Die Downs'sche Hypothese über die Stimmenmaximierung als Haupthandlungsziel der Politiker erweist sich demnach weder als triviale Ad-hoc-Unterstellung noch als moralisch fragwürdige Verallgemeinerung, sondern vielmehr als eine aus allgemein geltenden Annahmen (Heuristik I und II) ableitbare, theoretisch begründbare Hypothese.

6. Resümee

Dem Rational-Choice-Ansatz wird insbesondere in der europäischen Politikwissenschaft mit viel Skepsis aber auch mit Missverständnissen begegnet. Es ist kaum zu übersehen, dass die Rational-Choice-Forscher selbst eine gewisse Mitschuld daran tragen, da sie selten präzise die verwendeten Haupttermine definieren. Die in diesem Beitrag vorgeschlagene Ausdifferenzierung von drei Ebenen, auf denen die Handlungsursachen politischer Akteure angesiedelt sind, macht hingegen die Rational-Choice-Theorien einerseits transparent und falsifizierbar; andererseits trägt sie zur Aufklärung des weit verbreiteten Missverständnisses bei, dass die Machträger in Ökonomischen Theorien der Politik allein durch den Machterwerb bzw. Machterhalt motiviert sind und skrupellos, ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen,

ausschließlich im Selbstinteresse handeln. Es gilt vielmehr hervorzuheben, dass die Ökonomischen Theorien der Politik keinerlei Aussage darüber treffen, dass alle politischen Akteure „Prinzipien als bloße Mittel zum Zweck“ (Downs 1968: 171, Anm. 11) betrachten bzw. dass Politikern „gleichgültig [ist], ob die Gesellschaft sich in einem optimalen Zustand befindet oder nicht“ (Downs 1968: 175).

Deshalb soll die Aussage Anthony Downs, dass die Mandatsträger niemals danach streben, politische Konzepte zu verwirklichen (1968: 27; ähnlich auch Riker/Ordeshook 1973: 335) relativiert und stattdessen angenommen werden, dass Politiker ihre Ideale vollkommen ernsthaft betrachten und nach ihrer Realisierung streben. Sobald es aber zu einem Spannungsverhältnis zwischen der Ideenverwirklichung und dem „Sich-Bewahren“ als Politiker kommt, wird in denjenigen Fällen, in denen die Glaubwürdigkeit eines Politikers nicht aufs Spiel gesetzt wird (etwa durch eine Meinungsänderung gemäß den Mehrheitspräferenzen), dem Machterhalt der Vorrang eingeräumt. Daher scheint die Hypothese, dass politisches Handeln aus der Stimmenmaximierungmaxime bzw. aus dem Machterhalts- bzw. Machtgewinnprinzip erklärbar sei, höchst plausibel zu sein, sofern die Stimmenmaximierung als instrumentelles Ziel und nicht als Motiv des Handlungsträgers analytisch eingesetzt wird. Das Streben nach Machterwerb bzw. -erhalt, die durch die Maximierung von Wählerstimmen zu bewerkstelligen sind, wird als institutionalisierte Verhaltensweise interpretiert, die aus der Institution des politischen Wettbewerbs um die Wählerzustimmung resultiert. Der Politiker muss daher nicht unbedingt selbstorientiert, dennoch aber notwendigerweise amtsorientiert sein. Abgesehen von den Motiven, die seinen Entscheidungen zugrunde liegen, strebt jeder Mandatsträger primär danach, wiedergewählt zu werden.

Um derartige Missverständnisse auszuräumen, empfiehlt es sich, zwischen dem Motiv einerseits und dem Ziel andererseits als Handlungsgrund politischer Akteure zu unterscheiden. In diesem Kontext könnte der viel zitierte Satz von Max Weber¹⁹ folgendermaßen umformuliert werden: Wer Politik betreibt, der erstrebt Macht – nicht unbedingt, „um ihrer selbst willen“, sondern als probates Mittel im Dienst des Stimmenmaximierungsziels. Nicht etwa auf der in den ökonomischen Modellen verwendeten Figur des egoistischen *Homo Oeconomicus* gründet der Primat des Machterwerbs bzw. Machterhalts, sondern vielmehr auf der Notwendigkeit des politischen Überlebens.

Literatur

- Anzer, Christian, 2004: How Rational is Rational Choice? in: European Political Science 3 (2), 43-57.
- Aretz, Hans-Jürgen, 1997: Ökonomischer Imperialismus? *Homo Oeconomicus* und soziologische Theorie, in: Zeitschrift für Soziologie 26 (2), 79-95.
- Bartolini, Stefano, 1999: Collusion, Competition and Democracy, in: Journal of Theoretical Politics 11 (4), 435-470.

19 „Wer Politik treibt, erstrebt Macht, – Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele – idealer oder egoistischer – oder Macht, um ihrer selbst willen: um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen“ (Weber 1992: 7).

- Baumgartner, Frank R.*, 2001: Political Agendas, in: Niel J. Smelser/Paul B. Baltes, (Hrsg.), International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences: Political Science, New York, 288-290.
- Becker, Gary*, 1993: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen.
- Behnke, Joachim*, 1999: Räumliche Modelle der sachfragenorientierten Wahlentscheidung. Formale Analyse und empirische Untersuchungen der Determinanten ihrer Eignung zur Prognose der Parteienwahl, Hamburg.
- Beyme, Klaus von*, 2000: Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Binmore, Ken*, 2005: Natural Justice, Oxford.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert*, 2004: Homo Economicus and Zoon Politikon: Behavioral Game Theory and Political Behavior, in: Oxford Handbook of Contextual Political Analysis, <http://www.umass.edu/preferen/gintis/Homo%20Economicus%20and%20Zoon%20Politikon.pdf> (Stand: 07.10.07).
- Braun, Dietmar*, 1999: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung, Opladen.
- Brüderl, Josef*, 2004: Die Überprüfung von Rational-Choice-Modellen mit Umfragedaten, in: Andreas Diekmann/Thomas Voss (Hrsg.), Rational Choice Theorie in den Sozialwissenschaften: Anwendungen und Probleme, München, 163-180.
- Buchstein, Hubertus*, 2002: „Gretchenfrage“ ohne klare Antwort – Ernst Fraenkels politikwissenschaftliche Gemeinwohlkonzeption, in: Herfried Münkler/Harald Bluhm (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn – Zwischen Normativität und Faktizität, Berlin.
- Bueno de Mesquita, Bruce*, 2002: The Methodical Study of Politics, http://www.yale.edu/probmeth/Bueno_De_Mesquita.doc (Stand: 07.10.07).
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith, Alastair/Randolph, Silverston/James, Morrow*, 2003: The Logic of Political Survival, Cambridge.
- Bunge, Mario*, 1989: Game Theory is not a Useful Tool for the Political Scientist, in: Epistemologia 12, 195-212.
- Büthe, Tim*, 2002: Taking Temporality Seriously: Modeling History and the Use of Narratives as Evidence, in: American Political Science Review 96 (3), 481-494.
- Chalmers, Alan F.*, 2001: Wege der Wissenschaft. Eine Einführung in die Wissenschaftstheorie, Berlin/Heidelberg (5. Aufl.).
- Cohn, Jonathan*, 1999: Revenge of the nerds: irrational exuberance, in: The New Republic (Oct. 25).
- Cox, Gary*, 2002: Lies, damned lies and rational choice analyses, Papier vorbereitet für die „Conference on Problems and Methods in the Study of Politics“, Yale University, 6-8 Dezember 2002, http://bss.sfsu.edu/fneely/courses/465plsi_spr2006/readings/cox_2003_forthcoming.pdf (Stand 20.04.07), neu abgedruckt in: Ian Shapiro/Rogers Smith/Tarek Masoud (Hrsg.): Problems and Methods in the Study of Politics, Cambridge, 2004, 167-185.
- Diekmann, Andreas/Voss, Thomas*, 2004: Die Theorie rationalen Handelns. Stand und Perspektiven, in: dies. (Hrsg.), Rational Choice Theorie in den Sozialwissenschaften. Anwendungen und Problemen, München, 4-29.

- Diermeier, Daniel*, 1995: Spieltheoretische Modelle in der Theorie der Politik, in: Volker Kunz/Ulrich Druwe (Hrsg.), *Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft*, Opladen, 207-225.
- Downs, Anthony*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Downs, Anthony*, 1968: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen.
- Druckman, James N./Nelson, Kjersten R.*, 2003: Framing and Deliberation: How Citizens' Conversations Limit Elite Influence, in: *American Journal of Political Science* 47 (4), 729-745.
- Druwe, Ulrich*, 2002: Erklärung in der Politikwissenschaft – über die Notwendigkeit der Revision eines zentralen Konzeptes, in: Hans-Peter Burth/Thomas Plümper (Hrsg.), *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie*, Opladen, 133-176.
- Dylla, Daria W.*, 2007: Rational Choice und das politische *Issues Management*: Die Gestaltung der politischen Agenda und ihre Rolle bei der Stimmenmaximierung, in: *Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA)* 2, Köln, <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/downloads/aipa0207.pdf> (Stand: 28.11.07).
- Eberle, Thomas, S.*, 2000: *Lebensweltanalyse und Handlungstheorie*. Beiträge zur Verstehenden Soziologie, Konstanz.
- Eisenführ; Franz/Weber; Martin*, 2003: *Rationales Entscheiden*, Berlin/Heidelberg/New York (4. Aufl.).
- Frey, Bruno*, 1990: Ökonomie ist Sozialwissenschaft. Die Anwendung der Ökonomie auf neue Gebiete, München.
- Frohlich, Norman/Oppenheimer, Joe*, 2006: Skating on Thin Ice: Cracks in The Public Choice Foundation, in: *Journal of Theoretical Politics* 18 (3), 235-266.
- Gilpin, Robert*, 2005: Conversations in International Relations: Interview with Robert Gilpin, in: *International Relations* 19 (3), 361-372.
- Graber, Doris A./Smith, James M.*, 2005: Political Communication Faces the 21st Century, in: *Journal of Communication* 55 (3), 479-507.
- Green, Donald/Shapiro, Ian*, 1999: Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politikwissenschaft, München.
- Groeben, Norbert*, 1986: Handeln, Tun, Verhalten als Einheiten einer verstehend-erklärenden Psychologie. Wissenschaftstheoretischer Überblick und Programmentwurf zur Integration von Hermeneutik und Empirismus, Tübingen.
- Grofman, Bernard*, 2004: Reflections on public choice, *Public Choice* 118 (1), 31-51.
- Haug, Sonja*, 1998: Anomalien in der Entscheidungstheorie. Empirische Evidenz und Konsequenzen, in: Ulrich Druwe/Volker Kunz (Hrsg.), *Anomalien in der Handlungs- und Entscheidungstheorie*, Opladen, 126-153.
- Hedström, Peter/Stern, Charlotta*, 2006: Rational Choice and Sociology, in: Steven Durlauf/ Lawrence Blume (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics* (2. Aufl.).
- Herder-Dorneich, Philipp*, 1959: Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie: Theorie der Bestimmungsfaktoren finanzwirtschaftlicher Staatstätigkeit, Freiburg.
- Herder-Dorneich, Philipp/Groser, Manfred*, 1977: Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs, Göttingen.

- Houghton, David*, 1995: Reasonable doubts about rational choice, in: *Philosophy* (70), 53-67.
- Kelle, Udo/Lüdemann, Christian*, 1995: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie ...“ Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, 249-267.
- Kelle, Udo/Lüdemann, Christian*, 1996: Theoriereiche Brückenannahmen? Eine Erwiderung auf Siegwart Lindenberg, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, 542-545.
- Keohane, Robert O.*, 2002: Rational Choice theory and International Law. Insights and limitations, in: *Journal of Legal Studies* 31 (1), 307-319 (neu abgedruckt in: Michael Allingham (Hrsg.), 2006: Rational Choice Theory. Critical Concepts in the Social Sciences. Vol. I, London/New York, 348-360).
- Kesting, Peter*, 2001: Entscheidung und Handlung, HHL-Arbeitspapier Nr. 40, <http://www.hhl.de/fileadmin/LS/micro/Download/hhlap40.pdf> (Stand: 07.10.07).
- Kirchgässner, Gebhard*, 2000: *Homo Oeconomicus*, Tübingen.
- Kirsch, Guy*, 2004: Neue Politische Ökonomie, Düsseldorf (5. Aufl.).
- Kiser, Edgar/Bauldry, Shawn*, 2005: The Contribution of Rational Choice Theory to Political Sociology, in: Thomas Janoski/Robert Alford/Alexander Hicks/Mildred Schwartz (Hrsg.), *Handbook of Political Sociology*, Cambridge, 172-186.
- Kunz, Volker*, 1994: Die empirische Prüfung von Nutzentheorien, in: Ulrich Druwe/Volker Kunz (Hrsg.), Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen, 112-131.
- Kunz, Volker*, 1997: Theorie rationalen Handelns. Konzepte und Anwendungsprobleme, Opladen.
- Kunz, Volker*, 2004: Rational Choice, Frankfurt a. M.
- Lakatos, Imre*, 1974: Falsifikation und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme, in: ders./Alan Musgrave (Hrsg.), *Kritik und Erkenntnisfortschritt*, Braunschweig, 89-189.
- Landa, Dimitri*, 2006: Debating Conceptions of Rational Choice, in: *Journal of Theoretical Politics* 18 (4), 379-383.
- Lazear, Edward P.*, 2000: Economic Imperialism, in: *The Quarterly Journal of Economics* 115 (1), 99-146.
- Lindenberg, Siegwart*, 1990: Rationalität und Kultur. Die verhaltenstheoretische Basis des Einflusses von Kultur auf Transaktionen, in: Hans Haferkamp (Hrsg.), *Sozialstruktur und Kultur*, Frankfurt a. M., 249-287.
- Lindenberg, Siegwart*, 1991: Die Methode der abnehmenden Abstraktion: Theoriegesteuerte Analyse und empirischer Gehalt, in: Hartmut Esser/Klaus Troitzsch (Hrsg.), *Modellierung sozialer Prozesse*, Bonn, 29-68.
- Lindenberg, Siegwart*, 1996a: Die Relevanz theorieicher Brückenannahmen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48 (1), 126-139.
- Lindenberg, Siegwart*, 1996b: Eine Replik auf Kelle/Lüdemann und Opp/Friedrichs, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48 (3), 560-565.
- Lüdemann, Christian*, 1997: Rationalität und Umweltverhalten. Die Beispiele Recycling und Verkehrsmittelwahl, Wiesbaden.

- Manza, Jeff/Cook, Fay L.*, 2002: A Democratic Polity? Three Views of Policy Responsiveness to Public Opinion in the United States, in: American Politics Research 30 (6), 630-667.
- McCombs, Maxwell*, 2002: Agenda-Setting Role of the Mass Media in the Shaping of Public Opinion, Working Paper, <http://sticerd.lse.ac.uk/dps/extra/McCombs.pdf> (Stand: 07.10.07).
- McLean, Iain*, 1991: Rational Choice and Politics, in: Political Studies 39, 496-512.
- McLean, Iain*, 2006: Review Article: In Riker's Footsteps, Nuffield College Working Papers in Politics W14, <http://www.nuffield.ox.ac.uk/Politics/papers/2006/mclean3.pdf> (Stand 28.11.07).
- Maske, Kellie/Durden Garey*, 2003: The contributions and impact of Professor William H. Riker, in: Public Choice 117 (1-2), 191-220.
- Mayer, Thomas*, 1993: Truth versus Precision in Economics, Aldershot.
- Miller, Max*, 1994: Ellenbogenmentalität und ihre theoretische Apotheose: Einige kritische Anmerkungen zur Rational Choice Theory, in: Soziale Welt 45 (1), 5-15.
- Monroe, Kirsten R.*, 1991: The Theory of Rational Action: What Is It? How Useful Is It for Political Science? in: William Crotty (Hrsg.), Political Science: Looking to the Future, Illinois.
- Monroe, Kristen*, 2001: Paradigm Shift: From Rational Choice to Perspective, in: International Political Science Review 22 (2), 151-172.
- Mueller, Dennis C.*, 2003: Public Choice, Cambridge/New York/Melbourne.
- Mueller, Dennis C.*, 2004: Models of man: neoclassical, behavioural, and evolutionary, in: politics, philosophy & economics 3 (1), 59-76.
- Musgrave, Alan*, 1993: Alltagswissen, Wissenschaft und Skeptizismus. Eine historische Einführung in die Erkenntnistheorie, Tübingen.
- Niou, Emerson M./Ordeshook, Peter D.*, 2000: Return of the Luddites, in: Michael Brown/ Owen Cote, Jr./Sean Lynn-Jones/Steven Miller (Hrsg.), Rational Choice and Security Studies: Stephen Walt and His Critics, Cambridge, 73-85.
- Opp, Karl-Dieter*, 1993: Politischer Protest als rationales Handeln, in: Bernd-Thomas Ramb/ Manfred Tietzel (Hrsg.), Ökonomische Verhaltenstheorie, München, 207-246.
- Opp, Karl-Dieter*, 1999: Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in die Probleme ihrer Theoriebildung und praktische Anwendung, Opladen/Wiesbaden (4. Aufl.).
- Opp, Karl-Dieter/Friedrichs, Jürgen*, 1996: Brückennahmen, Produktionsfunktionen und die Messung von Präferenzen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48, 546-559.
- Ordeshook, Peter C.*, 1986: Game Theory and Political Theory: An Introduction, Cambridge.
- Ostrom, Elinor*, 2005: Co-Evolving Relationships between Political Science and Economics; paper to be presented at the University of California, Irvine, March 1, 2006.
- Pedriana, Nicholas*, 2005: Rational Choice, Increasing Returns, and Structural Context: A Strategy for Analytic Narrative in Historical Sociology, in: Sociological Methods and Research 33 (3), 349-382.
- Popper, Karl, R.*, 2002: Logik der Forschung, Tübingen (10. Aufl.).

- Riker, William H./Ordeshook, Peter C.*, 1973: An Introduction to Positive Political Theory, New Jersey.
- Rosenblum, Marc R./Salehyan, Idean*, 2004: Norms and Interests in US Asylum Enforcement, in: Journal of Peace Research 41 (6), 667-697.
- Schmitt, Anette*, 1996: Ist es rational, den Rational Choice-Ansatz zur Analyse politischen Handels heranzuziehen?, in: Volker Kunz/Ulrich Druwe (Hrsg.), Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft, Opladen, 106-126.
- Schoemaker, Paul J.*, 1991: The Question for Optimality: A Positive Heuristic of Science? in: Behavioral and Brain Sciences 14 (2), 205-245.
- Shepsle, Kenneth A.*, 2005: Rational Choice Institutionalism, paper to appear in Oxford Handbook of Political Institutions, [http://people.iq.harvard.edu/~kshepsle/papers/Ratio%20Choice%20Institutionalism%20\(4.5.05\).doc](http://people.iq.harvard.edu/~kshepsle/papers/Ratio%20Choice%20Institutionalism%20(4.5.05).doc) (Stand: 23.05.07).
- Sjursen, Helen*, 2004: Changes to European Security in a Communicative Perspective; Cooperation and Conflict, in: Journal of the Nordic International Studies Association 39 (2), 107-128.
- Smith, Adam*, 2004: Theorie der ethischen Gefühle, Sonderausgabe, Hamburg.
- Stegmüller, Wolfgang*, 1969: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie, Bd. I, Heidelberg.
- Thiery, Peter*, 1994: Moderne politikwissenschaftliche Theorie, in: Manfred Mols/ Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft: Eine Einführung, Paderborn.
- Waismann, Friedrich*, 1983: Wille und Motiv, Stuttgart.
- Walt, Stephen*, 1999: Rigor or Rigor Mortis?: Rational Choice and Security Studies, in: International Security 23 (4), 5-48.
- Walt, Stephen*, 2000: A Model Disagreement, in: Michael Brown/Owen Cote, Jr./Sean Lynn-Jones/Steven Miller (Hrsg.), Rational Choice and Security Studies: Stephen Walt and His Critics, Cambridge, 104-119.
- Wattenberg, Martin P.*, 1991: The Rise of Candidate Centered Politics: Presidential Elections of the 1980s, Cambridge.
- Weber, Max*, 1992: Politik als Beruf, Stuttgart.
- Zey, Mary*, 1992: Criticisms of Rational Choice Models, in: dies. (Hrsg.), Decision making: Alternatives to rational choice models, Newbury Park, 9-31.
- Zintl, Reinhart*, 1994: Die Kriterien der Wahlentscheidung in Rational-Choice-Modellen, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt a. M./New York/Wien, 501-523.

Korrespondenzanschrift:

Daria W. Dylla
Karl-Korn-Str. 3
50678 Köln
E-Mail: daria.dylla@uni-koeln.de
Web: <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/mitarbeiter/dylla.html>

Die Autorin arbeitet zurzeit als Lehrbeauftragte am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln.

Politische Kommunikation im Wandel



Entgrenzte Demokratie?

Herausforderungen für die politische
Interessenvermittlung

Herausgegeben von Otfried Jarren,
Dominik Lachenmeier und Adrian Steiner

2007, 367 S., brosch., 49,- €, ISBN 978-3-8329-2817-9

Politische Kommunikation befindet sich im Wandel. Prozesse der Entgrenzung stellen Politik und Interessenvermittlung vor neue Herausforderungen. Der Sammelband untersucht die Folgen dieser Prozesse für Staat, Verbände, Parteien, Soziale Bewegungen, NGOs und andere Akteure unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Union.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder
bei Nomos | Telefon 07221/2104-37 | Fax -43 |
www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de



Nomos